
Landesnachrichten

aktuell

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
in dieser Ausgabe stellen wir Ihnen unsere Eingabe zum Doppelhaushalt 2009/2010 vor.
Wir hoffen, dass viele unserer Anliegen in der kommenden Legislaturperiode umgesetzt werden können.

EINGABE **der Bayerischen Justiz-Gewerkschaft zum Entwurf** **des Gesetzes über den Doppelhaushalt 2009/2010**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Abgeordneter,

in den kommenden fünf Jahren soll die Umsetzung des Neuen Dienstrechts in Bayern weitgehend vollzogen werden.
Deshalb müssen bereits im Doppelhaushalt 2009/2010 Vorkehrungen getroffen werden, um die vorgesehenen Neuerungen erfolgreich umsetzen zu können.
Die Unzufriedenheit in den Amtsstuben der Justiz ist in den vergangenen Jahren und Monaten erheblich gestiegen. Vor den Wahlen wurde den Bediensteten des öffentlichen Dienstes von dem damals noch amtierenden Finanzminister Erwin Huber versprochen, dass 10.000 neue Beförderungsstellen geschaffen werden. Auch die neue Staatsregierung steht unserer Meinung nach in der Pflicht, dieses Versprechen einzulösen.
Deshalb fordern wir, dass neben einer fundierten finanziellen Ausstattung für ein neues Dienstrecht in Bayern folgende Berufsgruppen innerhalb der Bayerischen Justiz erhebliche Verbesserungen für deren Leistungen und Einsatzbereitschaft zu Gute kommen:

Justizfachwirte (mittlerer Dienst):

Die Beförderungssituation hat sich im mittleren Dienst dramatisch zugespitzt. Die Beförderungswartezeiten sind einfach nicht mehr tragbar und hinnehmbar! Derzeit gestalten sich die Beförderungswartezeiten wie folgt:

Zum	Punkte	Vorbeurteilung Punkte	= Wartezeit
Justizobersekretär	8	7	ca. 8 Jahre
Justizhauptsekretär	10	9 oder 8	9 - 12 Jahre
Amtsinspektor	12	11	18 - 19 Jahre
Amtsinspektor + Z	14	13	11 - 15 Jahre

Selbst bei guten Beurteilungen ist die Endstufe in einem „normalen“ Berufsleben fast nicht mehr zu erreichen. Die Kolleginnen und Kollegen im mittleren Dienst sind auf Grund dieser extrem langen Wartezeiten ganz erheblich verärgert. Über teilweise demotivierte Beamte braucht sich niemand mehr zu wundern.

Auf Grund dieser Situation fordern wir eine Verbesserung der Beförderungssituation durch Stellenhebungen im mittleren Justizdienst.

Ebenfalls wirkt sich negativ der Ernennungstau bei den Gerichtsvollziehern auf die Beförderungswartezeiten für Justizfachwirte aus, da die geprüften Gerichtsvollzieher weiter auf Stellen des mittleren Justizdienstes angerechnet werden.

Im Zuge des Doppelhaushalts 2009/2010 fordern wir außerdem:

- **Aufgabenübertragungen vom gehobenen Dienst auf den Justizfachwirt in folgenden Punkten:**
 - a) **Kostenbewertung allgemein und vor allen Dingen bei den Staatsanwaltschaften**
 - b) **Geldstrafenvollstreckung**
 - c) **Mahnverfahren**

In anderen Bundesländern ist die Übertragung längst vollzogen. Ein Erfahrungsabwarten von bayerischer Seite her ist nicht nachvollziehbar.

- **Spürbare Verkürzung der Wiederbesetzungssperren**
- **Umsetzung der Stellenplanobergrenzenerhöhung auf 40 %**
- **Erhöhung der Anwärterzahlen, da auf den öffentlichen Dienst in den nächsten Jahren eine Pensionswelle zukommt und auf Grund geburtenschwacher Jahrgänge die Einstellung qualifizierten Nachwuchses immer schwieriger wird.**
- **Verlängerung der kw-Fristen**
- **Vermehrung der Aufstiegsstellen im Verwendungsaufstieg nach § 37 a LbV mit Nachschlüsselung, vor allem im Bereich A 11.**

Arbeitnehmer:

Die Situation im Tarifbereich hinsichtlich der Zeitarbeitsverträge ist unerträglich. Angesichts der Sparmaßnahmen und Stellenumwandlungen (für Richter und Staatsanwälte) ist die Wartezeit, um einen Festvertrag bei einer Justizbehörde zu bekommen wieder auf 14 bis 15 Jahre angestiegen.

Die Handhabung der Arbeitszeitverträge stellt sich als familien- und frauenfeindlich dar.

Da besonders jüngere Frauen von befristeten Arbeitsverträgen betroffen sind, ist für diesen Personenkreis eine vernünftige Familienplanung nicht möglich. Deshalb wandern von der Justiz stets tüchtige Beschäftigte in andere Bereiche

ab mit der Aussicht, dort bereits wesentlich schneller einen festen Arbeitsvertrag zu erhalten.

Deshalb fordern wir:

- **Weitere Umwandlungen von befristeten in unbefristete Arbeitnehmerstellen**
- **Kein weiterer Stelleneinzug nach dem Haushaltsgesetz im Tarifbereich**
- **Verkürzung der Wiederbesetzungsstellen**

Justizwachtmeister:

Das Anforderungsprofil an den Justizwachtmeisterdienst hat sich in den letzten Jahren erheblich verändert: EDV-Kenntnisse werden vorausgesetzt, Aufgabenübertragungen vom gehobenen und mittleren Dienst auf den einfachen Dienst sind erfolgt. Insbesondere sind die Justizwachtmeister in immer größerem Umfang mit der Gewährleistung der Sicherheit in den Justizgebäuden und der Aufrechterhaltung der Ordnung während der Sitzungen angesichts der zunehmenden Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft gefordert. Sie nehmen diesbezüglich Aufgaben nach dem Polizeiaufgabengesetz wahr.

Deshalb fordern wir:

- **Verkürzung der Wiederbesetzungsstellen**
- **Absenkung der Beförderungswartezeiten**
- **Stellenhebungen im Bereich A 5 und A 6**
- **Anhebung der Aufstiegsstellen in der Betriebslaufbahn, vor allem Verstärkung der A 8 – Stellen**
- **Anhebung des Eingangsamtes von A 3 nach A 4**
- **Kein weiterer Stelleneinzug nach dem Haushaltsgesetz**

Gerichtsvollzieher:

Derzeit können trotz bestandener Prüfung bayernweit über 160 geprüfte Gerichtsvollzieher wegen fehlender Stellen nicht ernannt werden. Teilweise erfolgt die Ernennung zum Gerichtsvollzieher erst nach 6 – 7 Jahren. Dies ist ein untragbarer Zustand, da sie ihre Aufgaben als „billige Arbeitskräfte“ für den Freistaat Bayern erledigen. Gerichtsvollzieher werden bekanntlich in A 8 besoldet.

Vor mehreren Jahren wurde mit der Einstellung von Gerichtsvollzieherbewerbern begonnen, ohne die dafür notwendigen Stellen zu schaffen. Die geprüften Gerichtsvollzieher besetzen nun als Justizsekretäre, Justizobersekretäre und Justizhauptsekretäre die im mittleren Dienst dringend benötigten Stellen.

Deshalb fordern wir:

- **Abbau des Ernennungsstaus**
- **Sicherung des Beamtenverhältnisses im Gerichtsvollzieherdienst**
- **Abkehr von Privatisierungsgedanken in der öffentlichen Gerichtsbarkeit**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete,
sehr geehrter Herr Abgeordneter,

wir bitten Sie, unsere Anliegen bei den Beratungen zu berücksichtigen und die dazu nötigen Mittel bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2009/2010 bereitzustellen.

mit freundlichen Grüßen
Hans-Joachim Freytag
Landesvorsitzender

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Joachim Freytag, Landesvorsitzender,
Kurt Lorenz, stv. Landesvorsitzender
Johann Kieninger, stv. Landesvorsitzender